

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

9.11.1922 (No. 262)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kaszentrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Reichskabinett und Reparationsproblem.

In Berlin ist man in der letzten Zeit reichlich nervös gewesen. Wenigstens mußte man diesen Eindruck gewinnen, wenn man die Äußerungen eines Teils der Berliner Presse über den Fortgang der Verhandlungen mit der Reparationskommission las. Ob begründeter Anlaß zur Nervosität vorgelegen hat, läßt sich heute noch nicht sagen. Daß die Nervosität so, wie sie in den Artikeln einzelner Berliner Blätter und einzelner Berliner Korrespondenten auswärtiger Zeitungen zum Ausdruck gelangte, übertrieben gewesen ist, das unterliegt für uns keinem Zweifel. Und es wäre sicher besser gewesen, wenn die Berliner Publizistik sich etwas vorsichtiger und besonnener verhalten hätte.

Aus einem Artikel des Pariser „Clair“, ferner aber auch aus manchen anderen Presstimmen konnte jeder politisch verfeierte Leser erkennen, daß die ganze, so gesellschaftlich zur Schau getragene, Erregung ihre Spitze gegen den Reichskanzler Dr. Wirth richtete. In gewissen Kreisen auf der Rechten — einer Rechten, die sich bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein erstreckt — hat man aus der Notlage unseres Volkes und aus den Schwierigkeiten der Reichsregierung in der Weise Kapital zu schlagen versucht, daß man jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachtete, um dem Reichskanzler ein Wein zu stellen. Und so erlebte die Welt das für uns entwürdigende Schauspiel, daß zur selben Zeit, als der Reichskanzler schicksalsvolle Verhandlungen mit der Reparationskommission und mit den Sachverständigen zu führen hatte, ein Teil der deutschen Presse ihm in den Rücken fiel und sich doch dazu hinreißt, sensationelle Meldungen über Differenzen innerhalb der Reichsregierung zu verbreiten, Meldungen, von denen sich jeder geschickte Publizist sagen mußte, daß sie selbst dann unheilvoll wirken müßten, wenn sie der Wahrheit entsprächen. Sie entsprachen der Wahrheit aber im wesentlichen nicht.

Ein Großindustrieller, der Kommerzienrat Lehrer, hat sich bei jener ebenso törichten wie struppelosen Aktion besonders hervorgetan. Er ist zu dem Vertreter des oben erwähnten französischen Blattes gelaufen, hat dort unter Vorlage seines Kommerzienratspatentes behauptet, daß „er in Deutschland großes Ansehen genießt“, und hat dann nach allen Regeln der Reichskanzler Dr. Wirth herabgesetzt. Er hat dabei u. a. bemerkt, daß der gute Herr Wirth in Wirklichkeit keinerlei Einfluß auf die Parteien habe und überhaupt kein politisches Programm besitze. Wir halten das Urteil des sog. Münchener Volksgerichtes im Fachenbachprozeß juristisch für verfehlt. Da es aber nun einmal gefällt worden ist, drängt sich von selbst die Frage auf, was wohl dasselbe Volksgericht mit Herrn Lehrer machen würde, wenn er als dieser Äußerung überführter Angeklagter vor dem Gericht zu erscheinen hätte. Jedenfalls zeigt der Fall mit geradezu aufdringlicher Deutlichkeit, mit welchen, objektiv landesverräterischen Mitteln gegen die Reichsregierung und speziell gegen die Person des Reichskanzlers agitiert wird.

Schon gestern ist von Berlin aus nachdrücklichst darauf hingewiesen worden, daß sachliche Differenzen innerhalb der Reichsregierung nicht bestehen, daß die Beschlüsse des Kabinetts, die für die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu fassen waren, einstimmig gefaßt worden sind, und daß sich die Zentrumspartei geschlossen hinter den Reichskanzler Dr. Wirth gestellt hat. Betrachtet man aber den Verlauf der Verhandlungen selbst, so wird man, falls man nicht geradezu nörgeln will, ruhig zugeben müssen, daß der Reichskanzler nach Lage der Dinge gar keine andere Politik treiben konnte, daß er vor allem sehr übereilt gehandelt hätte, wenn er schon vor dem Gutachten der Sachverständigen mit bestimmten positiven Vorschlägen an die Reparationskommission herantreten wäre.

Entgegen den recht unfreundlich gehaltenen Berichten der Pariser Presse hat die Reparationskommission auf die erste Note des Reichskabinetts in einem durchaus diskutablen Sinne geantwortet. Und von einem Abbruch der Verhandlungen kann im Augenblick gar nicht die Rede sein.

Jetzt, wo die Sachverständigen gutachten vorliegen, ist die Situation für das Reichskabinett wesentlich angenehmer. Und es hat denn ja

auch unter der Voraussetzung, daß die Prinzipien der Sachverständigen von der Reparationskommission anerkannt werden, in der gestern Abend überreichten Note die Verpflichtung übernommen, durchgreifende Maßnahmen zur Verringerung der schwebenden Schuld und zum Ausgleich des Budgets herbeizuführen.

Das wichtigste der Sachverständigen gutachten gipfelt in folgenden Vorschlägen: sofortige Stützungs- und Stabilisierungsaktion für die deutsche Mark unter Inanspruchnahme des Reichsbankgoldes und unter gleichzeitiger Kreditmitwirkung des Auslandes, vollständiges Moratorium für alle Reparationsleistungen finanzieller und sachlicher Natur und für die Ausgleichszahlungen für einen Zeitraum von zwei Jahren. Alles dies aber unter der bestimmten Voraussetzung, daß baldigst eine endgültige und wirklich durchführbare Regelung des Reparationsproblems gefunden wird. Denn vor einer endgültigen Regelung dieses Problems auf vernünftiger Grundlage können ausländische Kredite nur in bescheidenem Umfang und nur als Unterstützung eigener Maßnahmen Deutschlands erwirkt werden. Zur Wiederherstellung der deutschen Zahlungsbilanz sei die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel nötig. Für die Stabilisierung der Mark werde ein Stand von 3000 bis 3500 Mark für den Dollar der richtige sein. Weiter haben die Sachverständigen ganz bestimmte Richtlinien für die Stabilisierung der Mark genannt; und zwar sollen diese Richtlinien für die Dauer des Moratoriums von zwei Jahren der Reparationskommission die nötigen Garantien verschaffen.

Jedenfalls sind alle die Vorschläge der Sachverständigen (wir drucken sie weiter unten ab) der ernstesten Beachtung wert und werden hoffentlich auch dort ihren Eindruck nicht verfehlen, wo es im Augenblick auf diesen Eindruck am allermeisten ankommt, nämlich bei der Entente. Daß die Gutachten der Sachverständigen die Position Deutschlands moralisch aufs bedeutendste stärken, liegt klar auf der Hand. Es war klug von dem Reichskanzler, daß er die Sachverständigen nach Berlin gebeten hat. Und wenn auch einsteuilen noch immer mit großen Erschwernungen von Paris her zu rechnen ist, so befindet sich doch das Reparationsproblem jetzt im Stadium einer wirklich ernsthaften und erspriehlichen Diskussion, und es schälen sich langsam die Gesichtspunkte heraus, die für die Lösung dieses Problems maßgebend sind. Nur übler Wille wird eine solche Lösung verhindern können!

* Im Badischen Landtag

Sind dieser Tage bedeutsame Wahlen vollzogen worden. Da der bisherige Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Gummel, sein Amt niedergelegt hatte, mußte der Landtag einen neuen Kultusminister wählen. Die Mehrheit des Parlaments hat vorgezogen den der Deutschdemokratischen Partei angehörenden Karlsruher Hochschulprofessor Dr. Hellpach mit 51 von 76 abgegebenen Stimmen zum Kultusminister gewählt.

Die Wahl wird allgemein im ganzen Lande begrüßt, und auch von den Parteien, die der Koalition nicht angehören, ist bisher nichts gegen den neuen Minister vorgebracht worden, im Gegenteil, auch in einzelnen Blättern der Opposition wurde Hellpach freundlich begrüßt. Das alles darf wohl als ein günstiges Prognostikon aufgefaßt werden.

Hellpach wird das verständnisvolle Vertrauen und die sachliche Mitarbeit der Parteien wohl zu schätzen wissen. Sein Amt ist besonders schwierig und besonders verantwortungsvoll. Wenn der neue Minister in dem kurzen Sage, mit dem er, für das Vertrauen des Landtags dankend, das neue Amt annahm, betonte, er hoffe, daß er dieses Vertrauen auch praktisch werde rechtfertigen können zum geistigen und sittlichen Wohl unseres Volkes, so hat er damit bereits die beiden Seiten angefaßt, die für seine Tätigkeit als Unterrichts- und Kultusminister schlechthin maßgebend sind. Die geistigen Interessen unseres Volkes sollen gepflegt werden, daneben aber auch die sittlichen. Man mag auch einzelnen, besonders erlebten Geistern in Würdigung ihrer hohen Leistungen hie und da eine besondere Moral zubilligen, so hat doch im Leben eines Volkes die Erziehung zum geistigen und zum sittlichen Menschen Hand in Hand zu gehen. Für ein Volk muß der Grundsatz gelten, daß nur auf dem Vo-

den der Sittlichkeit geistiges Streben erwachsen kann. Und wenn es je eine Zeit gegeben hat, die die sittliche Erneuerung und Festigung benötigte, so ist es die jetzige. Das wird außer dem Geistlichen und dem Pädagogen vielleicht niemand besser wissen, als der wissenschaftlich gebildete Psychologe und Nervenarzt.

Dem von seinem Amt zurückgetretenen Kultusminister Dr. Gummel hat der Landtagspräsident Dr. Wittemann besonders herzliche und anerkennende Worte gewidmet, und Gummel hat darauf in warmempfundener Weise geantwortet. Wie der Präsident der Kammer hervorhob, hat sich Gummel „in aufopferndster Weise bei der Neuordnung der Dinge zur Verfügung gestellt, in seinem späteren Ressort ausgleichend und erfolgreich gewirkt und als Staatspräsident unser Land nach außen und nach innen musterhaft vertreten“. Was speziell jenes erfolgreiche Wirken in seinem Ressort betrifft, so hat Gummel selbst in seiner Abschiedsrede auf all die wichtigen Vorarbeiten hingewiesen, die unter seiner Leitung auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung geleistet worden sind. Sache des neuen Ministers wird es sein, diese Vorarbeiten entsprechend zu vertiefen und zum befriedigenden Abschluß zu bringen.

Zum Staatspräsidenten für das kommende Jahr wurde von der Mehrheit des Landtags der Minister des Innern, Adam Kemmle, gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Finanzminister Köhler bestimmt. Auch diese Wahl hat weithin Zustimmung gefunden, und es sind nicht nur in den Blättern der Partei des Innenministers, sondern auch in anderen Organen anerkennende Worte über seine bisherige Tätigkeit laut geworden. Wenn in diesem Zusammenhang hie und da davon gesprochen wurde, daß die Wahrung der Rechte Badens eine besonders wichtige Aufgabe des Staatspräsidenten sei, so dürfen wir hier wohl der überzeugung Ausdruck geben, daß der neue Staatspräsident gerade in diesem Punkt sicherlich niemanden enttäuschen wird. Adam Kemmle ist bekannt als ein zielbewußter und tatkräftiger Politiker, als ein Mann, der sich nicht scheut, am rechten Orte auch einmal mit aller Entschiedenheit das rechte Wort zu sagen. Wir glauben, daß das badische Land mit seiner Amtsführung als Staatspräsident zufrieden sein wird. Das gleiche gilt für seinen Stellvertreter, Finanzminister Köhler, der ja bekanntlich schon mehrfach im Parlament selbst für Badens Rechte im Rahmen des Einheitsstaats mit anerkennenswerter Energie eingetreten ist.

Im folgenden geben wir Teile eines lehrreichen Artikels wieder, den die „Neue Zürcher Zeitung“ in ihrer Nummer 1458 vom 8. November über die Veränderungen in der badischen Regierung veröffentlicht. Er lautet:

Als Nachfolger für Dr. Gummel im badischen Kultus- und Unterrichtsministerium hat die demokratische Fraktion des Landtags Prof. Dr. Hellpach von der Technischen Hochschule in Karlsruhe vorgeschlagen. Die Nomination darf als eine glückliche bezeichnet werden. Hellpach, von Geburt ein Schlesier, aber seit Jahrzehnten in Baden ansässig und ursprünglich Weidinger, ist Dozent der allgemeinen und vergleichenden Psychologie und Pädagogik und steht also schon durch sein Fach den Schul- und Erziehungsfragen nahe, die er auch in verschiedenen Publikationen behandelt hat. Er ist ein Gelehrter von Ruf und eine Persönlichkeit von geistiger Qualität, anregend, mit eigenen Gedanken. Auf der badischen Schulkonferenz vor zwei Jahren wurde sein Auftreten, das auch für das religiöse Moment in der Schule ein starkes Verständnis zeigte, viel bemerkt. Die Persönlichkeit des Vorgeschlagenen wird aus diesem Grunde auch dem Zentrum, dessen Presse seit Wochen auch diese Vereingenschaft von dem neuen Minister gefordert hat, genehm sein. Politisch gehört Professor Hellpach seit der Revolution der demokratischen Partei an und ist überzeugter Republikaner. Er ist Mitglied des badischen Parteivorstandes und bietet also auch nach dieser Seite die Gewähr, die bei der Besetzung des Ministeriums nötig ist.

Der Rücktritt des Staatspräsidenten und sein Übergang zur Industrie ruft auch nach einer Bemerkung allgemeiner Art. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie in Deutschland sich entwickelt haben, machen die politische Tätigkeit immer schwieriger. Der Kreis der Personen, die materiell in der Lage sind, das auszuhalten ohne schweren Schaden für Beruf und Existenz, wird immer kleiner. Bald wird fast nur noch der Beamte, dessen Gehalt weiterläuft, oder der Parteiangestellte dazu in der Lage sein, nicht zum Vorteil des Avenues des Parlaments. Auch der Rücktritt einer so tüchtigen Kraft, wie Dr. Gummel, hängt mit diesen Verhältnissen zusammen. Wir glauben kaum, daß es dazu gekommen wäre, wenn hier die Dinge anders geordnet gewesen wären. Auf die Dauer wird es sehr schwer möglich, seine unabhängigen Kräfte von geistiger Qualität für die höchsten Ämter des Staates, für die Führerstellen in ihm zu gewinnen, wenn nicht für ihre materielle Existenz und für das, was sie aufgeben und für ihre Familie einigermaßen gesorgt wird. Falls ein politischer Wetterwechsel oder der

Kod sie abruft. Wenn der Staat nicht will, daß die Großindustrie und das Großkapital sich der besten Kräfte aus der politischen Welt sich bemächtigen, dann wird er rechtzeitig dagegen Vorkehrungen treffen müssen.

Mit der Wahl eines neuen Unterrichtsministers, die verfassungsgemäß durch den Landtag zu erfolgen hat, hat der Landtag zugleich auch die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen. Die badische Verfassung beschränkt seine Amtsdauer auf ein Jahr. Nach einer Vereinbarung der Koalitionsparteien wird diesmal die Sozialdemokratie den Staatspräsidenten zu stellen haben. Sie präsentiert den Minister des Innern, Adam Kemmele, der ebenfalls seit der Konstituierung der badischen Republik diesem Ministerium vorsteht. Er ist einer der sozialdemokratischen Revolutionsminister, die sich bewährt haben. Man kann ihm die Anerkennung nicht verweigern, daß er in sein Amt mit großem Ernst und Verantwortlichkeitsbewußtsein sich eingearbeitet und sich eine Position geschaffen hat, was für ihn umso schwieriger war, als er aus dem unteren her seinen Aufstieg genommen hat.

Die Wahl des Staatspräsidenten Adam Kemmele begrüßt die Mannheimer „Volkstimme“ mit folgenden Worten:

„Wir sehen uns sicherlich nicht dem Vorwurf eines vom Parteistandpunkt beeinflussten einseitigen Urteils aus, wenn wir sagen, daß der neu gewählte Staatspräsident in dem Amte des Innenministers, das er seit drei Jahren bekleidet und das er ja auch weiterhin beibehält, sich voll und ganz bewährt hat.“

Die Verdienste, die er sich in dieser Zeit um das Land Baden erworben hat, werden von allen Parteien anerkannt. Und so dürfen wir sicher sein, daß unser Parteigenosse Kemmele auch in seinem neuen Amt voll und ganz den Mann stellen wird, den die schwere Zeit vom Träger der obersten Stelle im Staate verlangt. Das Staatspräsidium ist nicht nur eine Würde, es ist auch ein Amt; und die Tatsache allein, daß nach § 55 der Bad. Verfassung die Stimme des Staatspräsidenten bei Entscheidungen des Staatsministeriums den Ausschlag gibt, zeigt — zumal bei der augenblicklichen Zusammensetzung dieses Kollegiums — zu Genüge, daß diesem Amt auch politisches Gewicht zukommt.

Staatspräsident Kemmele hat in den kurzen Worten, mit denen er der Landtagsmehrheit gestern für seine Wahl dankte, deutlich bekundet, daß er sich der großen Last von Verantwortung und Mehrarbeit bewußt sei, die er mit dem neuen Amt übernehme, und daß die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage nicht gerade dazu lade, dem Ruf auf ein solches Amt unbedenklich Folge zu leisten. Wenn er die Würde der obersten Leitung der Regierung trotzdem übernahm — und es stand hinter diesem Entschlusse die gesamte badische Partei Kemmeles —, so geschah dies aus der politischen Einstellung zum neuen Staat heraus, die die Sozialdemokratische Partei in Baden seit den Novembertagen von 1918 unausgesetzt eingenommen hat: aus dem Gefühl der Verpflichtung zu positiver, praktischer Mitarbeit in einem Staatswesen, dessen Grundgesetz das Volk zum Träger der Staatsgewalt erhoben hat. Politische Schwierigkeiten, und mögen sie noch so groß sein, können und dürfen uns davon nicht abbringen; ihnen auszuweichen, hieße lediglich das Parteinteresse über das Wohl des Volksganzen stellen.“

Eine Rede Loucheurs.

Wolffmeldungen bringen ausführliche Berichte der Rede des Abgeordneten Loucheur in der Dienstags-Sitzung der Pariser Kammer. Loucheur behandelte die maximale Zahlungsfähigkeit Deutschlands und wies insbesondere auch auf die allgemeine Währungsfrage hin, die die Währungen in den alliierten und den ehemals feindlichen Staaten entwertete. Die Unterhändler von 1919 hätten ein in der Welt einzig dastehendes Problem zu lösen gehabt.

Loucheur übte Kritik an der kürzlich von dem Abgeordneten Renaud in der Kammer vorgeschlagenen Übertragung von deutschen Aktien an Frankreich und an der Übertragung deutscher Werte im allgemeinen. 1912 habe die französische Regierung, trotz der Weigerung Amerikas, sich an einer Politik des Schuldenerlasses zu beteiligen, Wert darauf gelegt, einen positiven Plan vorzubringen. Frankreich und England hätten den Erlaß ihrer gegenseitigen Schulden zusehender und dabei eine spezielle Verwendung der Reparationsobligationen, Serie C, vorgezogen. Zu gleicher Zeit, im Dezember 1921, habe er in London eine Unterredung mit Rathenau gehabt. Es sei aber nicht mehr der Rathenau des Wiesbadener Abkommens gewesen, und er (Loucheur) habe ihm die unlöslichen Schwierigkeiten beschrieben, in die Deutschland geraten würde, wenn es nicht die interalliierte Finanzkontrolle auf sich nähme.

Loucheur entwirft dann ein Bild von der Lage Deutschlands. Deutschland werde dies Jahr weiter importieren müssen. Der Abg. Blum habe recht gehabt, wenn er gestern gesagt habe, daß Deutschland sich durch seine Inflationspolitik bankrott gemacht habe. Es handle sich hier nicht allein um einen Fehler der deutschen Regierung, diesen Fehler begingen auch die französischen Finanzleute und Industriellen, die geglaubt hatten, daß die Wechselkursprämie ihren Export begünstigen würde, während in Wirklichkeit das fortgesetzte Sinken der Mark Deutschland genötigt habe, bei immer unheilvolleren Verhältnissen seine Versorgung vorzunehmen, das Land ruiniert und jeden Haushaltsausgleich verhindert habe.

Loucheur bespricht alsdann die Frage der Sicherheit Frankreichs. Wenn zwischen der Frage, nicht bezahlt zu werden und der Frage, keine genügende Sicherheit zu besitzen, gewählt werden müßte, würde er für die Sicherheit eintreten. Es sei aber möglich, bezahlt zu werden und die Sicherheit zu gewährleisten. Loucheur bedauert, daß der Garantiepakt nicht in Kraft getreten sei. Es gebe keinen Franzosen, der imperialistische Gedanken habe, wenn er wünsche, daß Deutschland nicht mehr angreifen könne. Niemand könne es Frankreich verdenken, wenn es am linken Rheinufer ein Regime verlange, das ihm gestatte, in Ruhe zu schlafen. Er habe niemals den Gedanken eines verschleierte Protektorates oder einer Annexion gehabt. Er denke nicht einmal, das linke Rheinufer vom Deutschen Reich zu trennen. Das linke und das rechte Rheinufer seien durch sehr enge Interessen miteinander verbunden, aber wie Maurice Barrès verlange er, daß alle preussischen Beamten entfernt werden, die nach dem Rheinlande den kriegerischen Geist tragen würden. Das Rheinland den Rheinländern!

Im Rheinlande dürfe man keine Finanzkontrolle, nicht einmal eine politische Kontrolle aufrichten, aber eine militärische Kontrolle. Dort dürften sich keine anderen Mächte gegen Frankreich organisieren, deshalb sei eine internationale Macht unter der Kontrolle des Völkerbundes vorgesehen, in der die französischen Soldaten die Mehrheit hätten. Das sei ein Plan von Clemenceau gewesen.

Ministerpräsident Poincaré unterbricht und erklärt: Nach dem Vertrage selbst kann eine Klärung des linken Rheinufer erst an dem Tage erfolgen, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat. (Lang anhaltender Beifall.) Diese Verpflichtungen sind nicht erfüllt. Es wird noch lange dauern, bis sie erfüllt sein werden. Solange dies aber nicht geschieht, wird die französische Regierung die Befugung aufrecht erhalten. Ich wiederhole, was die vorausgegangenen Regierungen

erklärt haben: Solange der Vertrag nicht ausgeführt ist, wird Frankreich die Befugung aufrechterhalten.

Der Abg. Loucheur erwidert: Mein Standpunkt ist ein klein wenig verschieden von dem Ihrigen. Ich suche ein Regime, das den Frieden nach der Klärung sicherstellt. Poincaré erwidert: Wir können das jetzt nicht ins Auge fassen. Der Abg. Currad ruft: „Diese Politik hat die Alliierten 12 Milliarden gekostet!“

Loucheur fährt fort, er spreche nicht von einer sofortigen Klärung, aber er glaube, daß man zur Sicherstellung des Friedens das Regime am linken Rheinufer ändern müsse. Der Augenblick sei für Frankreich gekommen, um der Welt das große Programm einer allgemeinen Regelung vorzuschlagen. In wenigen Tagen müsse Frankreich sich erklären. Das schlage er vor, um das Leben Europas wiederherzustellen und um zu gleicher Zeit Frankreichs Sicherheit sicherzustellen. Frankreich habe vielleicht Aussicht auf Erfolg, aber wenn man ihm bei diesem lokalen Versuch mit einem Nein antworte, dann habe das also alleingelassene Frankreich das Recht, die Maßnahmen zu ergreifen, die sein Leben und seine Sicherheit gewährleisten können. (Beifall.)

Poincaré erwidert, das habe Frankreich immer getan.

Loucheur antwortet: „Herr Ministerpräsident! Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß ich viel weiter bleibe. Man muß nicht zuerst von Reparationen und dann von Europa sprechen, denn man darf nicht aufhören, daran zu denken, daß wir alle — die einen mit den anderen — solidarisch sind.“

Politische Neuigkeiten.

Das Gutachten der Sachverständigen zur Währungsfrage.

Die von der Reichsregierung berufenen ausländischen Sachverständigen haben ihr Gutachten über die Währungsfrage dem Reichskanzler übergeben; es schlägt die Stabilisierung der Reichsmark auf 3000—3500 M. für den Dollar vor. Die Sachverständigen haben ihre Beratungen unter sich abgehalten und nur zur Beantwortung einzelner Fragen Mitglieder der Hofbank, wie Mendelssohn, Reichler, Urbig, Andreae und einige beamtete Sachverständige, darunter Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium zugezogen. Das Gutachten ist von dem Schweden Professor Gustaf Cassel und den beiden Engländern Brand und Keynes ausgearbeitet.

Schwierig war es, die Unterschriften sämtlicher Mitglieder unter das Gutachten zu erhalten, weil sich der Holländer Bissinger und der Schweizer Dubois gestern abend noch nicht schlüssig werden konnten. Beide Herren unterzeichneten zwar schließlich das etwa 14 Schreibmaschinenseiten umfassende Gutachten, wolle aber heute der Regierung ein paralleles Gutachten übergeben, das sich indessen in den Grundzügen nicht erheblich von dem anderen abheben dürfte. Es ist anzunehmen, daß sich auch der französisch-russische Sachverständige Ramenta diesem Gutachten anschließen wird, so daß die Reichsregierung der Reparationskommission noch beide Texte als Grundlage der Verhandlungen überreichen kann.

Das Gutachten sieht weiter vor, daß etwa die Hälfte des eine Milliarde betragenden Goldvorrats der Reichsbank zur Stabilisierung der Mark herangezogen wird. Die Direktion der Reichsbank hat infolge des Gutachtens der Sachverständigen und nach den Bepfehlungen mit den Parteiführern ihren Widerstand hiergegen aufgegeben. Schließlich schlägt das Gutachten einen Zahlungsausschub für mindestens 2 Jahre vor, für dessen Verlängerung bereits gewisse Grundlinien festgelegt sein sollen. Wird dieser gewährt, so dürfte sich die Brüsseler Konferenz zunächst erübrigen. Im Zusammenhang mit dem Gutachten der Sachverständigen steht die Bereitschaft der Bankiers, deren Vorkäufer Brand, der Mitinhaber des Londoner Bankhauses Lazarus Brothers, eine Kombination von ausländischen Bankkrediten in Zusammenhang mit dem Geld der Reichsbank vorzuschlagen.

Es steht fest, daß die Reparationskommission erst am Freitag abend Berlin verlassen wird. Diese Wandlung zu einem längeren Verbleiben in Berlin ist Dienstag nachmittag eingetreten, nachdem die Kommission von dem Gutachten der Sachverständigen Kenntnis erhalten hatte. Diese Entspannung ist eine Folge der persönlichen Zahlungnahme der Gutachter mit der Reparationskommission, die sich auf der amerikanischen Botschaft traf. An dem Essen, das ausgesprochen offiziellen Charakter trug und offenbar bestimmt war, die beiden Kommissionen amtlich in Verbindung zu bringen, haben Reichskanzler Dr. Brüch, Reichsfinanzminister Dr. Hermes und der englische Botschafter b' Abernethy teilgenommen. Die Reparationskommission hat die Einwürfe der Reichsregierung gegen die monatliche Verleiherung von 220 000 Tomen Kohlen zur Kenntnis genommen, will aber die Entscheidung erst in Paris fällen, wo dann auch über die Holzlieferungen gesprochen werden soll.

Die Richtlinien.

1. Gegen die Zustimmung zum Aufschub aller Zahlungen aus dem Vertrage von Versailles für die Dauer von zwei Jahren sollte die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende entscheidenden Garantien geben:

a) In Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hätte.

b) Solange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei Angebot zu einem festzusetzenden Kurse zu kaufen; dieser feste Kurs wäre nach den Grundzügen zu bestimmen, die im ersten Teile unseres Berichtes entwickelt sind.

c) Der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen. Weitergehender Kredit des Reichs wäre durch fundierte Anleihen zu decken. An diesen Grundzügen dürfte ohne Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden. Ferner müßten einerseits die Reparationen, andererseits das Reich die Mittel der Währungsstelle von allen Eingriffen freihalten.

2. Nachdem die Genehmigung der Reparationskommission zu Vorliegendem eingeholt ist, wären folgende Maßnahmen zu ergreifen:

a) Ein internationales Finanzkonjunktionsforum wäre zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützung einzuladen; b) Eine Devisentexteile in der erforderlichen Höhe wäre auf Basis des Goldes, das der Währungsstelle zur Verfügung steht, zu schaffen gleichzeitig mit den Vorkäufen, die vom internationalen Konjunktionsforum von Zeit zu Zeit auf Basis geeigneter Sicherheiten einzuräumen wären.

c) Die Besetzung aller Devisenverordnungen und die Wiederherstellung freien und ungestörten Verkehrs in Devisen und ausländischen Wertpapieren.

3. Die Währungsstelle hätte Devisen bei Nachfrage (nach den Grundzügen des Verkehrs mit Golddevisen) je nach Marktlage gegen Papiermark zu festgesetzten Kursen zu kaufen und zu verkaufen, wobei der Briefkurs während der ersten Zeit nicht mehr als 5 Prozent über dem Geldkurs liegen dürfte.

4. Der Reichsbankdiskontsatz müßte hinreichend hinaufgesetzt und kurzes Geld so lange aufrechterhalten werden, bis die Stabilisierung völlig gesichert ist; dagegen müßten in weitergehender Weise Handelswechsel diskontiert und Lombardvorschüsse gegen alle üblichen Sicherheiten für den legitimen Bedarf des Handels eingeräumt werden.

6. Um für ihre Devisentexteile einen möglichst hohen Betrag von den ungenutzten Devisen des deutschen Privatpublikums unter Bedingungen erhalten zu können, die das nötige Vertrauen schaffen, hätte:

a) die Währungsstelle Goldschmelzwerke (in Gold rückzahlbar) mit Garantie der Reichsbank mit ein- bis zweijähriger Laufzeit zu einem angemessenen Zinssatz auszugeben und zwar gegen Sorten, Devisen in Form von Auszahlung usw., b) die Währungsstelle würde Devisen Kassalaufen und auf Termin wieder verkaufen mit den angemessenen Margen für einzelne Termine.

6. Da eine erweiterte Notenzirkulation für den geschäftlichen Bedarf des Landes erforderlich ist, sobald es zu normalen Bedingungen zurückkehrt, wären Noten soweit wie möglich auszugeben durch:

a) Diskontierung von Handelswechseln und Gewährung von Lombardkrediten an den Handel durch die Reichsbank und b) Verkauf von Mark durch die Währungsstelle gegen Devisen; daneben auch allerdings in so geringem Umfange wie möglich und höchstens während eines Zeitraumes von sechs Monaten, gegen weitere Reichsschatkammerleistungen, die zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt in der Übergangszeit ausgegeben werden müßten, bevor das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

R. S. Brand, Gustaf Cassel, Jeremia B. Jenks, J. M. Keynes.

Internationales Syndikat zur Stabilisierung der Mark.

Der Berliner Börsenkurier meldet: Die Reichsregierung hat gestern vormittag das zweite Gutachten der ausländischen Sachverständigen empfangen. Es handelt sich um den Bericht des Bankiers Brand (England), Bissinger (Holland) und Dubois (Schweiz) über die Bildung eines internationalen Syndikats zur Stabilisierung der Mark. Als wesentliche Ursache der Geldentwertung nennen die Sachverständigen die Erschütterung des Vertrauens im In- und Ausland. Sie empfehlen die möglichst schnelle Einberufung der Bankierkonferenz, und zwar unter Mitwirkung der Reparationskommission. Als Kapital des geplanten Syndikats werden zunächst 500 Millionen Goldmark in Form von Akzeptkrediten vorgeschlagen, als besondere Garantie die Ertragsanteile der Exportabgabe. Außerdem wird empfohlen, daß die Reichsbank eine Anleihe von 500 Millionen Goldmark aufnehme, damit das Gesamtkapital die Höhe von einer Milliarde Goldmark erreiche.

In einem dritten Bericht beschäftigt sich der Sachverständige Brand vom Bankhaus Lazarus Brothers mit den Hauptbedingungen für die Unterbringung der Anleihe auf dem Londoner Markt. Brand meint, die erste Voraussetzung, nämlich die Gewißheit über Deutschlands zukünftige Verpflichtungen, fehle. Immerhin hält er bei einem zweijährigen Moratorium die Beteiligung Londoner Bankkreise in Höhe von mindestens 5 Millionen Pfund Sterling für möglich, wenn auch andere ausländische Finanzinstitute an der Unterbringung mitwirken.

Die Verhandlungen über die Kohlenfrage.

Von deutscher Seite wurde bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Kohlenfrage darauf hingewiesen, daß infolge der Lieferungen an die Reparationskommission englische Kohle zum Valutapreis für die Eisenbahnen gekauft werden muß. Das ist für die deutschen Verhältnisse nicht mehr erträglich, wenn nicht dieser Kohlenimport durch anderweitige Exporte von Kohlen gedeckt wird. Überhaupt werden die Sachlieferungen an Kohlen sowie an anderen Materialien in Zusammenhang mit der gesamten deutschen Leistungsfähigkeit zu bringen sein. Das Stadium der deutschen Wirtschaft ist heute dahin gelangt, daß die Frage nach der Möglichkeit der Ausführung von Sachlieferungen überhaupt auf die Tagesordnung gestellt erscheint. Es ist das vorletzte Stadium, hinter welchem nur noch das Nachlaufen nach Krediten kommen wird, um die notwendigen Lebensmittel bezahlen zu können. In diesem gegenwärtigen Stadium wird Deutschland nur infandem sein abzuliefern, wenn es im Innern von einer einheitlichen Volksmeinung, die eine einheitliche deutsche Politik ermöglicht, unterstützt wird.

Der Rapallo-Vertrag.

Der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau hat am 6. November in einem feierlichen Antrittsbesuch sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten des Zentralerekutivkomitees Kralin überreicht. Bei dieser Gelegenheit hielt der Botschafter eine Ansprache, aus der wir folgende Sätze herausheben:

„Mit meinem Kommen und meiner Person werde ich mich dafür einsetzen, zu beweisen, daß der Vertrag von Rapallo eine neue Ära eingeleitet hat für das deutsche und das russische Volk und damit nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Welt. Der Vertrag von Rapallo hat einen Strich gemacht unter die Vergangenheit, aber nur soweit sie traurig war. Es hat eine Zeit gegeben, in der das deutsche und das russische Volk sich verfeindet haben; zum Schaden beider Völker haben sich ihre Wege getrennt, aber in der schweren Prüfung, die das Schicksal uns auferlegt hat, haben wir uns wiedergefunden zu gemeinsamer Arbeit. In dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des deutschen und des russischen Volkes, ohne die auch die Welt nicht gefunden kann, gehen wir an diese friedliche Arbeit, die uns niemand stören soll.“

Aus der Antwort des Präsidenten Kralin: „Durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages, der dem Geiste und der Forderung der Zeit und den Interessen beider Staaten entspricht, geben das deutsche wie das russische Volk der gesamten Welt ein Zeugnis uneigennützigem Vertrauen. Der Weg freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Annäherung, den das deutsche und das russische Volk betreten haben, ist fest vorgezeichnet, dieser Weg bleibt unverändert bestehen, unbeschadet aller äußeren Einwirkungen und Zufälligkeiten und unbeschadet der Begehungen, die von beiden Völkern mit anderen Staaten sich entwickeln können. Ich glaube fest, daß dieser Weg gemeinsamer friedlicher und schaffender Arbeit zum wahren Wohle beider Völker führen wird.“

Der Oberste Kriegsherr.

Otto Hamann, der ehemalige Ministerdirektor im auswärtigen Amte, läßt jochen ein neues Buch erscheinen: „Bilder aus der letzten Kaiserzeit“ (Berlin, Verlag Weimar Hobbing, 164 S., mit 12 Charakterköpfen von Olaf Gulbransson). Das Buch schildert eine Reihe von Staatsmännern und Politikern, bringt eine Anzahl unbedruckter Dokumente und spricht in einem Kapitel auch über Wilhelm II als Obersten Kriegsherrn. Aus diesem Kapitel sei folgende Episode wiedergegeben:

„Eine Klärung der Politik durch ununterbrochene, täglich in vielen Einzelheiten wirkende Tätigkeit von Generalkommandos, durch allgegenwärtige Militarisierung des Verwaltungssystems war in England und Frankreich nicht möglich. Bei uns ging sie, von allem Persönlichen abgesehen, schon aus den Einrichtungen hervor. Die britischen und französischen Marjchälle blieben ausführende Organe der Zivil-

Regierung. Die Deutsche Oberste Seereschule fühlte sich nicht als Dienstinstitut. Sie empfand und behandelte den Reichszentralrat keineswegs als Träger einer umfassenden Zuständigkeit, ja kaum als eine ihr gleichberechtigte Stelle. Übergeordnet galt ihr nur der Kaiser, den sie im großen Hauptquartier, je länger je mehr unter ihren Einfluss nahm. In seiner Person wurde der Deutsche Kaiser — sein für das Wohl der Nation verantwortliches Amt, gewissermaßen seine politische Seite — bewußt zurückgedrängt hinter die Stellung als „Oberster Kriegsherr“, vor dessen Absichten und Bedürfnissen die Politik schweigen mußte.

Ein drastischer Beweis, daß diese Auffassung wirklich die herrschende war, liegt in folgender Begebenheit: Zu Weihnachten 1915 hatte die „Frankfurter Zeitung“ ganz sachliche Betrachtungen über Politik und Strategie veröffentlicht und dabei aus dem Clausewitzschen Werke „Vom Kriege“ gegen den häufig mißverständlichen Satz von der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln folgende Stellen abgedruckt: „Der politische Zweck ist das Motiv des Krieges, ihm bleibt darum auch die erste und höchste Rücksicht, ohne dabei ein despotischer Herrscher zu sein, sondern er wird oft durch die Natur des Mittels verändert, aber immer muß er zuerst herausgezogen werden... Die Politik wird also den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluß auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explosierenden Kräfte zuläßt... Der militärische Gesichtspunkt hat sich dem politischen unterzuordnen. Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes wäre widersinnig, die Politik hat den Krieg erzeugt.“

Der Kaiser war über den ihm vorgelegten Artikel im höchsten Grade empört. Unter Milderung der in der ersten Aufwallung angegebenen Kraftausdrücke lauteten seine Bemerkungen am Ende des Ausschnittes so: „Verleitet zur Angriff auf mich und F. v. Falkenhayn, damals Chef der Obersten Seereschule.“ Galbwanke Angaben und unzutreffende Zitate. Was für Aufbau unmaßbar verzerrter Schlüsse. Nachwort ist sofort von der Wilhelmstraße coram publico zu vernichten. Gelingt es der Wilhelmstraße nicht, die Giftspitze auszurotten, wird sie von ihrem Gifte mitgetroffen werden. Politik hält im Kriege den Mund, bis Strategie ihr das Reden wieder gestattet.“

Wie gesagt, Augenblicksstimmung. Hochgefühl des Obersten Kriegsherrn, aber doch für den im Hauptquartier rücksichtslos herrschenden Geist militärischer Selbstherrlichkeit gegenüber der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Kanzlers außer Betracht.

Die „Frankfurter Zeitung“ hätte für die den Zorn des Kaisers erregende Lehre von der Überordnung der Politik über die Strategie auch im Kriege neben Clausewitz noch Bismarck anführen können.

Wohin der Geist rücksichtsloser militärischer Selbstherrlichkeit führt, das hat das deutsche Volk an seinem Leibe erfahren.

Bayerns neuer Ministerpräsident.

In der Vollziehung des bayerischen Landtages in München wurde Dr. von Knilling zum Ministerpräsidenten gewählt. Abgelesen wurden 143 Stimmzettel, davon lauteten 88 auf Dr. von Knilling, 54 waren unbestimmt, je eine Stimme fiel auf Dr. Heim, Dr. Zahnrecher und den Nationalsozialisten Hitler. Dr. von Knilling erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit unter Zurückstellung der bei ihm bestehenden Bedenken allgemeiner und persönlicher Art.

Sein Regierungsprogramm wird Dr. von Knilling heute in der Vollziehung des Landtages darlegen, in der auch das neue Ministerium vorgestellt wird. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Regierungsneubildung.

Die bayerischen Koalitionsparteien haben sich die Modalitäten der Regierungsneubildung geeinigt. Der neue Ministerpräsident wird heute vormittag seine Programmrede halten.

Mit der Wahl Dr. von Knillings zum Ministerpräsidenten sind aber die Gegensätze zwischen der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei noch nicht endgültig beigelegt. Die bayerische Mittelpartei hat sich zwar damit abgefunden, daß das Handelsministerium mit einem Fachminister besetzt werde, aber den Wunsch geäußert, daß wenigstens der Justizminister aus den Reihen ihrer Parteimitglieder ernannt wird. Vermutlich wird die Wahl auf den Staatsrat von Meinel fallen, der es aber abgelehnt hat, als politischer Minister der bayerischen Mittelpartei ein Ministerium zu übernehmen.

Die Landtagsfraktion der Deutschdemokratischen Partei hat eine Erklärung erlassen, in der sie die Stimmhaltung ihrer Partei bei der Wahl des neuen Ministerpräsidenten damit begründet, daß sie über die politischen und wirtschaftlichen Absichten der neugebildeten Regierung nicht unterrichtet worden ist.

Sie werde aber jede Regierung unterstützen, welche die Ruhe und Ordnung sichert und der wirtschaftlichen Not der Bevölkerung entgegenkommt. Voraussetzung für eine solche nationale Rettungsarbeit ist treuestes Zusammenwirken Bayerns mit Gesamtdeutschland, ferner ungeschlossener Wiederhaltung aller verfassungsmäßigen Verträge und gesetzlicher Beeinflussung, von wo sie auch kommen mögen.

Geheime Handelsespionage.

Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Ausübung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann also jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebietes ohne weiteres die Postüberwachung ausüben lassen. Nach den bisherigen Bestimmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bald in diesem bald in jenem Orte des besetzten Gebietes eine Überwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfang eintreten. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen ganz von dem jeweiligen Belieben der Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. In letzter Zeit sind derartige Überwachungen beobachtet seitens der französischen Besatzungsbehörde in erhöhtem Maße ausgeübt worden. Wenn auch die Überwachung in den meisten Fällen nur einige Tage gedauert hat, so scheint sie doch infolge ihres unermüdeten Eintretens Ergebnisse gezeitigt zu haben, die für die dadurch betroffenen Personen unangenehme Folgen haben können.

Neben dieser offenen Postüberwachung, die den Empfänger der davon betroffenen Sendungen durch Verschlußstreifen bekannt wird, erfolgt zeitweise an einzelnen Stellen noch eine weitere heimliche Überwachung, ohne daß die ihr unterworfenen Sendungen von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfasst. Derartige Fälle sind insbesondere bei der Poststation in Düsseldorf eingetretet, und bei der von dem

Postamt in Düsseldorf eingerichtet hat, und bei der von dem besaglichen Besatzungsbehörde in Duisburg eingerichteten Postüberwachungsstelle festgestellt worden. Aber auch Vorgänge bei anderen Poststellen haben die Annahme bestätigt, daß die Postüberwachung vielfach zu einer geheimen Handelsespionage ausgenutzt wird. Es ist daher dringend geboten, daß besonders Absender von Briefen nach dem Prudentkopf Düsseldorf größte Vorsicht beobachten und Mitteilungen, die den Besatzungsbehörden nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen lassen, der die Sendungen der Gefahr einer Entzerrung durch die Besatzungsbehörden aussetzt. Auch bei Sendungen nach den übrigen Orten des besetzten rheinischen Gebietes müssen sich die Absender immer der geschilderten Sachlage bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen selbst und insbesondere den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Französische Rheinland-Politik.

Als der „Manchester Guardian“ ähnlich wie die „Frankfurter Zeitung“ die Denkschrift des Franzosen Dariae veröffentlichte, schrieb dieses Blatt in einem Leitartikel:

„Müßlicherweise gibt es gegenwärtig keinen Grund, zu vermuten, daß irgend eine französische Regierung dem Rat folgen würde, der ihr von Herrn Poincaré's ausgelassenem Agenten erteilt worden ist.“

Gegen diese Bemerkung tritt nun in einem offenen Brief an den „Guardian“ Herr Clare C. Ellington Bright, bormaliger Presseoffizier des britischen Departements der Interalliierten Rheinlandkommission, auf. In diesem Brief heißt es:

„Unzulässigerweise gibt es allen Grund für diese Annahme. Als einer der mehr als zwei Jahre lang ein Mitglied der hohen Kommission ist, auf die in der Denkschrift Bezug genommen ist, bin ich in der Lage, mit Bestimmtheit für den Ernst meiner Erklärung zu versichern, daß die in der Denkschrift Dariae bezeichnete Politik keinesfalls das Produkt des überhöhten Gehirns eines individuellen Beamten ist; sie stellt vielmehr eine freimütige Darlegung der bekannten Absichten Frankreichs dar; bekannt sind diese nämlich dem französischen Schriftsteller der Rheinlandkommission, bekannt jedem Deutschen, der sich die Mühe gibt, ein wenig in der französischen Politik über die Rheinlandfrage herumzuleben, bekannt jedem, der entweder mit Franzosen oder Deutschen am Rhein zu tun gehabt hat, aber offenbar nicht bekannt den unabhängigen Führern in der Heimat. Monatelang hat einzig und allein Herr Ruffingham in der „Nation“ Warnungen in diesem Sinne ausgesprochen. Seine Darlegung der französischen Absichten und der französischen Mäßigkeit im Rheinland ist buchstäblich wahr.“

Um das Schicksal des Memellandes.

Am 3. November haben in Paris die Beratungen der Kommission begonnen, durch die eine Entscheidung über das künftige politische Verhältnis der Memelländer eingeleitet werden soll. Den Vorsitz in dieser Sitzung führte der stellvertretende Direktor im französischen Außenministerium Karoche. Delegierte Englands, Italiens und Japans nahmen an der Verhandlung teil. Der französische Regierungskommissar in Memel, Petis, und eine Abordnung des Memellandes sind bei den Sitzungen zugegen und werden bei den Besprechungen der Delegierten zu Rate gezogen.

Wie die Memelländer darüber denken, geht aus folgender Drahtung an die Vorkommission hervor, die von einer großen Volksversammlung des Memelgebietes einstimmig beschlossen wurde: „Tausende in der Bürgerhalle zu Tilsit versammelte Memelländer fordern, daß auch die außerhalb des Memelgebietes wohnenden geborenen Memelländer vor der Entscheidung über das Memelgebiet gehört werden, zumal sie ein größeres Recht auf Beachtung ihrer Wünsche haben, als landfremde Personen, die der memelländischen Abgesandtschaft nach Paris angehören. Wir erwarten von dem Gerechtigkeitssinn der Vorkommission, daß sie unsere Stimme beachtet. Wir verlangen die Wiedervereinigung des Memelgebietes mit Deutschland.“

Anlässlich der Abreise der memelländischen Vertreter nach Paris hatte ein Vertreter des „Memeler Dampfboots“ Gelegenheit, den Leiter des deutschen Generalkonsulats Dr. v. Pannwitz nach seiner Meinung über die Aussichten und den Stand der Memelfrage im gegenwärtigen Augenblick zu befragen. Dr. von Pannwitz hat dabei ausgeführt: Das Ansehen der Memelländer wäre zweifellos, wenn die Vorkommission nicht im Sinne hätte, den Wünschen der Memelländer Rechnung zu tragen. Man kann nicht erwarten, daß die Vorkommission keine Entscheidung treffen wird, die dem deutschen Willen der Mehrheit der Memelländer widerspricht. Die einzelnen Stimmen genau zu wägen und die geäußerten Meinungen richtig gegeneinander abzuwiegen, ist eine Unmöglichkeit. Man kann daher erwarten, daß der Vorkommission die Entscheidung und Ansichten, die sie jetzt zu hören bekommen wird, für die Feststellung des Wunsches, den die Mehrheit aller Memelländer hinsichtlich der politischen Zukunft ihres Gebietes hegt, nicht genügen werden. Den Vorkommission wird infolgedessen nichts anderes übrig bleiben, als eine Volksabstimmung anzuordnen. Daß sie das Recht dazu hat, unterliegt keinem Zweifel.

Welche schweren Gefahren in einer Autonomie des Memellandes unter französischem Protektorat liegen, ist aus Ausführungen des „Dziennik Gdansk“ ersichtlich. Das Blatt glaubt annehmen zu können, daß man in Litauen nicht mehr an einen Anschluß Memels an Litauen glaube. Die ungünstigste Lösung wäre eine absolute Autonomie unter Oberhoheit Litauens. Polen wolle Memel unbedingt als Ausgangspunkt für seine Ostgebiete zum Meer haben. Der Vertreter Polens arbeite in diesem Sinne in Paris. Das Blatt meint dann, wie auch die Entscheidung ausfallen möge, eine Restrukturierung von Deutschland müsse unbedingt erfolgen.

Wie sehr der Vertreter Polens in Paris bereits in diesem Sinne „gearbeitet“ hat, zeigt sich in der pessimistischen Stimmung der litauischen Presse. Die Zeitungen geben sich keinen Illusionen hin. An einen Anschluß des Memelgebietes an Litauen glaubt eigentlich in ganz Litauen kein Mensch mehr, da Polen dagegen sein Veto in Paris eingelegt habe. Polen arbeite mit Fähigkeit daran, in Memel einen Ausweg zur Ostsee für seine östlichen Gebiete zu schaffen. Der frühere litauische Premierminister Waldemar greift in seinem Organ die jegliche litauische Regierung heftig an. Man habe nicht rechtzeitig gehandelt. Auf ausländische Unterstützung der litauischen Ansprüche in Paris sei leider nicht zu rechnen. England verhalte sich in der Memelfrage indifferent, Frankreich unterstütze im eigenen und polnischen Interesse den Freistaatgedanken. Das offizielle Organ der litauischen Regierung „Litwa“ bittet die Öffentlichkeit auf eine Niederlage Litauens in Paris vor, da die gegenwärtige politische Lage in Europa nicht günstig genannt werden kann.

Kurze polit. Nachrichten.

* Das Zentrum läßt den Reichskanzler. Zu der von Paris aus verbreiteten Meldung über die Abstimmung im Reichstabinett in der Reparationsfrage, besonders über Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister schreibt die „Germania“, daß die Behauptungen nicht zutreffen. Die Vorschläge, die die deutsche Regierung der Reparationskommission machte, wurden einstimmig gefaßt und in offiziellen Kundgebungen als Vorschläge der Gesamtregierung bezeichnet. Anderslautende Gerüchte dienen bestimmten Zwecken und sollen die Verhandlungen mit der Reparationskommission stören. Das Blatt fügt hinzu: daß die von dem Zentrum bisher befolgte Politik den Reichskanzler stützt und den Kanzler als Vertrauensmann betrachtet.

* Eine Bankierkonferenz in Paris? Nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts seien seit geraumer Zeit Bestrebungen in Gange, eine zweite Bankierkonferenz unter dem Vorsitz von Morgan nach Paris oder nach Brüssel einzuberufen. Da Morgan, der sich gegenwärtig in Rom aufhält, spätestens am 26. November nach Amerika zurückzukehren gedenkt, soll die Bankierkonferenz noch vor diesem Termin stattfinden. Dies sei auch der Grund, weshalb die Reparationskommission möglichst bald nach Paris zurückkehren möchte. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Kommissionen Donnerstag als Termin ihrer Abreise beibehalten werde. Wenn allerdings die neuen deutschen Vorschläge Aussicht auf eine wesentliche Förderung der Bestrebungen über die Marktstabilisierung bieten sollten, würde die Kommission ihren Berliner Aufenthalt noch um einen oder zwei Tage verlängern. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so werde die Kommission zur Fortsetzung der Beratungen in Paris bereit sein.

* Der Sturz des Franken. Am Dienstag ist der Dollar auf über 8000 M. gestiegen. An demselben Tage wurde aus Paris berichtet, daß der Franken ebenfalls einen weiteren Sturz erlebt hat. Die französische Währung ist jetzt auf etwa ein Drittel ihres Marktwertes gesunken. Im Vergleich zu dem Tiefstand der deutschen Mark ist das zwar immer noch verhältnismäßig hoch. Aber, an sich betrachtet, zeigt doch der Niedergang des Franken dieselbe Abwärtsentwicklung wie die deutsche Mark und damit die unlöbliche Verbindung des französischen und des deutschen Wirtschaftslebens.

* Zur deutschen Einwanderung in den Vereinigten Staaten. Nach den letzten offiziellen Ziffern sind vom 1. Juli bis 20. September 1922 6544 Einwanderer aus Deutschland in den Vereinigten Staaten gelandet, so daß in den nächsten neun Monaten noch 61 061 Einwanderer aus Deutschland zulässig sind. Aus Österreich kamen in demselben Zeitraum 1640 Einwanderer an, so daß noch 5751 österreichische Einwanderer zulässig sind. Die gleichen Zahlen betragen für die Schweiz 989 und 2757, aus der Tschecho-Slowakei 633 und 7659, aus Ungarn 2646 und 2943, aus Dänzig 53 und 247, aus dem Memelgebiet 16 und 133, aus Litauen 4810 und 16 339, aus Jugoslawien 2704 und 3488, aus Polen 6615 und 14 182, aus Rumänien 3099 und 4187, aus dem bessarabischen Gebiet 133 und 2665. Die „New Yorker Staatszeitung“ schätzt die Zahl der in den Monaten Juli bis September emigrierten Deutschen auf den verschiedenen Ländern auf 10 000 Personen.

* Der Schiedsspruch im Buchdruck- und Zeitungsdruckgewerbe. Nach den über den Reichsarbeitsminister geführten Verhandlungen über den von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedsspruch im Buchdruck- und Zeitungsdruckgewerbe wurde auf Antrag der Arbeitnehmer der Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

* Wahlfest der amerikanischen Demokraten. Der „New York Herald“ berichtet aus New York, die demokratische Partei habe einen Sieg im Lande davongetragen. Die ersten Andeutungen, die am 10. Uhr abends möglich waren, gestatteten die Feststellung, daß die Republikaner eine große Anzahl von Sitzen im Repräsentantenhaus und mindestens einen Sitz im Senat, den der Senator Calder in New York, an die Demokraten verlieren werden. Nach Schluß der Abstimmung, die in New York um 7 Uhr abends stattfand, habe man sich Rückschlüsse davon abgeleitet, daß die demokratische Partei den Sieg davongetragen hat.

* Die kemalistischen Forderungen. Die Forderungen der Regierung von Ankara überstiegen sich. Nach einer Meldung für die eine amtliche Bestätigung noch nicht vorliegt, sollen die Türken von den Alliierten für die Übergabe der Verwaltung von Konstantinopel eine Frist von 24 Stunden, für die militärische Räumung der Stadt eine solche von vier Tagen gestellt haben. In einer Note fordert die Regierung von Ankara die Überlassung der Inseln Chios und Rhodien. In Brussa soll die Ausweisung des französischen Konsuls verfügt haben mit der Begründung, daß sie sich mit Frankreich noch im Kriegszustand befinde. Der „Temps“ meint bereits, man habe kein Einverständnis, daß man unaufrichtig einen Konflikt entgegenstreibe.

Badische Übersicht.

Die Finanznot der Badischen Städte.

Der weitere Ausschuß des Badischen Städteverbandes hielt am 30. Oktober d. J. im Karlsruher Rathaus eine Sitzung ab, an der die Oberbürgermeister des Landes, verschiedene Bürgermeister, Stadträte, Vertreter der Regierung und Landtagsabgeordnete teilnahmen. Gegenstand des von Oberbürgermeister Dr. Ruser-Kannheim erstatteten Vortrags und der Aussprache war die Finanznot der badischen Städte und die zur Abhilfe erforderlichen Maßnahmen. Den Ausgaben sind die Einnahmen in keiner Weise gefolgt. Die Überweisungen der Anteile an der Einkommensteuer fließen den Gemeinden angesichts des dauernd sinkenden Geldwertes immer zu spät zu. Es besteht keine Möglichkeit, die sog. „werbenden Betriebe“, wie Straßenbahnen usw. aus eigenen Einnahmen zu erhalten, da jede Gebührenerhöhung eine starke Abwanderung nach sich zieht. Durchgreifend kann den Gemeinden nur geholfen werden, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, selbständig im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze neue Einnahmequellen zu schaffen. In erster Linie käme die Einführung einer besonderen Gemeindegewerbesteuer in Frage, wie dies bereits in anderen Ländern, insbesondere in Preußen geschehen ist. Ferner müssen die Gemeinden in der Lage sein, je nach Verschiedenheit der örtlichen Bedürfnisse weitere örtliche Abgaben zu erheben. Auch in dieser Hinsicht sind die badischen Städte gegenüber anderen Staaten zurückgeblieben. Endlich müßte der sog. Härteparagraf (§ 13 Abs. 3 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes) auf alle Fälle aufgehoben werden. Die Notwendigkeit solcher gesetzlicher Maßnahmen in dieser Hinsicht wurde in einer Vorstandssitzung des Badischen Städteverbandes, an der auch der Finanzminister und der Minister des Innern teilnahmen, weiter eingehend erörtert. Er herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Staat selbst das größte Interesse daran hat, daß die Gemeindefinanzen wieder in gesündere Verhältnisse gebracht werden. Der Finanzminister sagte eine eingehende Prüfung der Anträge des badischen Städteverbandes zu.

hat der Vorstand noch zu einer Reihe anderer wichtiger Fragen Stellung genommen. Die vom badischen Landesfinanzamt in dauernd größerem Umfang beanpruchte Mitwirkung der Gemeinden bei der Reichssteuerverwaltung kann nicht als gerechtfertigt anerkannt werden, da den badischen Gemeinden die zur Aufstellung der verlangten Listen und Nachweisungen erforderlichen Unterlagen nicht in gleicher Weise wie z. B. den preussischen Gemeinden zur Verfügung stehen, die die Veranlagungsgeschäfte zur Grund- und Gewerbesteuer selbst ausführen. Ferner beschäftigten den Vorstand die zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der drohenden Arbeitslosigkeit erforderlichen Maßnahmen. Die Städte müssen verlangen, daß auch der Staat Kostenträger organisiert und finanziert. Weiter kam unter anderem noch die Frage der Einführung von Gefahrenklassen in der Gebäudeversicherung und die Ausgabe von Notgeld zur Erörterung.

Jahresversammlung des Landesverbandes der badischen Textilindustrie.

Der Landesverband der badischen Textilindustrie hatte am 3. November d. J. seine Mitglieder zu der jahresmäßigen Jahresversammlung in Freiburg im großen Saale des Jähringer Hofes zusammenberufen. Die Versammlung, die stark besucht war und die führenden Köpfe dieser für unser Land so bedeutungsvollen Industrie vereinigte, stand unter dem Eindruck der kritischen Lage der deutschen Wirtschaft. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Dr. Ing. h. c. Baumgartner, Direktor der ersten deutschen Kammergesellschaft in Emmendingen, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, wie besonders unter dem Pech der deutschen Zahlungsmittel die Textilindustrie zu leiden habe, die fast ausschließlich auf den Einkauf ausländischer Rohstoffe angewiesen sei. Trotz aller scheinbaren Papiergewinne reichten die Betriebskapitalien nicht mehr zur Fortführung der Produktion im alten Umfang und die Möglichkeit der Weiterarbeit sei nur der eigenen Energie und dem kaufmännischen Geschick der Leiter der Betriebe in der Ausnutzung der letzten Möglichkeiten des Exports zu danken. Aber der Zeitpunkt rüde heran, wo die ungeheuren Mittel zur Fortführung der Produktion trotz aller Papiergewinne einfach fehlen würden. Die Devisenordnung habe den Verkauf der Währung vollendet. Die allein auf sich gestellte deutsche Industrie habe unter diesen ungeheuerlichen Bedingungen vor allem eine Aufgabe und Pflicht zu erfüllen: Ohne Ablenkung durch die Rücksicht auf momentanen Gewinn den Fortbestand der Einzelwirtschaft zu erhalten.

Anschließend hieran gab der Syndikus des Landesverbandes, Regierungsrat a. D. Schaffer einen Überblick über die Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes, der heute mit 113 Firmen fast lückenlos die gesamte badische Textilindustrie umfaßt. Diese wirtschaftliche Organisation der Industrie findet in dem die gleichen Mitglieder umfassen den Arbeitgeberverband, der Landesgruppe Baden des mächtigen Süddeutschen Textilarbeiterverbandes und durch Personalfusion des Vorstandes noch eine besonders wertvolle Ergänzung und Stärkung. Der Landesverband hat im Laufe des Jahres Gelegenheit gehabt, auf fast allen Gebieten der Wirtschaft die Interessen der Industrie und seiner Mitglieder zu vertreten und hat dabei, jedenfalls bei den badischen Ministerien und Behörden, weitgehendes Entgegenkommen gefunden. So konnten vor allem auf dem Gebiete der Ausfuhr, des industriellen Grenzverkehrs am Oberrhein und vor allem für die badische Textilindustrie lebenswichtigen Frage des zollfreien Veredelungsverkehrs berechnete Wünsche durchgesetzt und Beeinträchtigungen abgewehrt werden. Auf dem Gebiete der Verbesserung des Feuerversicherungsschutzes der Industriegebäude sind die Bemühungen des Landesverbandes leider erfolglos gewesen. Der Vorschlag, für die Industrie wenigstens eine private Ergänzungsversicherung zu ermöglichen, um die Anpassung der Versicherung an den veränderten Geldwert zu erreichen, hat sich nicht durchführen lassen. Die für die kommende Sitzungsperiode des Landtags vorbereitete diesjährige Gesetzesänderung muß daher abgewartet werden. Bezüglich der Beteiligung der Stuttgarter Außenhandelsstellen für die Textilindustrie, die in den Jahren ihres Bestehens sehr förderlich für den Export des Textilgeschäftes gewirkt hat, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammlung besonders anerkennt, daß die Stuttgarter Stelle durch Vermeidung bürokratischer Schwierigkeiten und durch promptes Arbeiten die Exportindustrie wesentlich unterstützt hat, und der Vorstand beauftragt, mit allen Mitteln für die Erhaltung der Stelle einzutreten.

Der Versammlung des Landesverbandes voraus ging eine Sitzung des Arbeitgeberverbandes, in welcher alle schwebenden Fragen der Lohnpolitik und der Sozialpolitik besprochen wurden. Auch hier fand der feste Wille zum Zusammenhalt und zur Stärkung der Organisation in bedeutungsvollen Beschlüssen einhelligen Ausdruck.

Die englische Kohle bei der Reichsbahn.

P.A. Die Reichsbahn ist wegen des Mangels an deutscher Kohle seit mehreren Monaten gezwungen, in großem Umfang englische Kohle zu kaufen. Das bedeutet nicht nur eine starke finanzielle Belastung, sondern ist auch vom Standpunkt des sparsamen Kohlenverbrauches sehr unerwünscht. Die englische Kohle verlangt eine besondere, von der Verwendung der Ruhrkohle und der schlesischen Kohle abweichende Bedienung des Feuers der Lokomotiven. Die englische Kohle muß, weil sie bei ungeeigneter Bedienung zur Betonabreibung erleichtern sollen. Aus dem Vorhaben wird das Wasser durch eine rund 3000 Meter lange Betonabreibung nach dem Anstehofen Weiher geleitet.

direktionen bereits vor dem Kriege Erfahrungen mit englischer Kohle gesammelt hat, war die Reichsbahn in der Lage, die in erster Linie für Lokomotiven in Betracht kommende englische Kohle auszuwählen und das Personal auf die Besonderheiten des fremden Brennstoffs hinzuweisen. Das Lokomotiv- und Maschinenpersonal im Bereich des früheren badischen Reges hat sich umso rascher mit diesen feuerungstechnischen Besonderheiten vertraut machen können, als auch die früher in Süddeutschland in größerem Umfang verwendeten Saar-Löhle eine ähnliche Sonderbehandlung bei der Lokomotivfeuerung nötig machten. Es liegt sich allerdings bei den Lieferungen der englischen Kohle — ebenso wenig wie bei der deutschen — vermeiden, daß hin und wieder Sorten mit in Kauf genommen werden mußten, die sich für den Lokomotivbetrieb weniger eignen. Die Darstellung eines Berliner Blattes aber, als habe die Reichsbahn eine für Lokomotiven ungeeignete Kohlenart, nämlich Gasohle beschafft, ist völlig unzutreffend.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 80 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachung: des Ministeriums des Innern: über Reisekosten im Gemeindebedienst (Gemeinde-Reisekostenverordnung); die Kosten der Verpflegung von Kranken in den Heil- und Pflegeanstalten; der Tarif der von den badischen Armenverbänden gegenseitig zu erstattenden Armpflegekosten; des Ministeriums der Finanzen: Dienst-Armenpflegekosten; des Ministeriums zum Vollzug des Kostengesetzes; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: Schulordnung für die Volksschulen.

Manheim, 9. Nov. Der 32 Jahre alte Adam Hub aus Mutterstadt hat sich gestern früh in seiner Wohnung erschossen. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt, zumal der junge Mann in guten Verhältnissen lebte.

DZ. Weinsheim, 9. Nov. Das Millionenprojekt der Entwässerung der Weinsheimer Niederung wird dieser Tage nochmals den Bürgerschaften vorgebracht. Da infolge der allgemeinen Kezierung die Fertigstellung sich z. B. auf 12 Millionen stellen würde, beabsichtigt der Gemeinderat, die betreffenden Arbeiten ganz einzustellen. Da sich die Staatsregierung damit nicht einverstanden erklärte, will der Bürgerschaft unter der Bedingung, daß der badische Staat die Hälfte des Aufwandes übernimmt, eine neue Kreditvorlage unterbreiten.

DZ. Offenburg, 9. Nov. Der Haushalt des Offenburgers Kreises für 1921/22 schließt mit einem Fehlbetrag von 64 Millionen ab, der durch Anleihe gedeckt werden soll. Die Winterschule Altsiedelhofheim, die im vorigen Jahre eröffnet wurde, hat einen guten Verlauf aufzuweisen. Die Errichtung einer Ganztageschule in Seckelsberg muß wegen der hohen Kosten und wegen Ablehnung eines staatlichen Beitrages aufgegeben werden. Wegen zu hoher Kosten muß gleichfalls der Plan eines Großwasserkraftwerkes im Gebiete der Kinzig und der Wolf trotz seiner außerordentlichen Wichtigkeit für den Kreis zurückgestellt werden. Gegen die Einverleibung der Ämter Achern und Bühl zum Offenburgers Kreis haben die Bezirke Achern und Bühl sowie der Kreis Baden Einspruch erhoben.

DZ. Bellingen, 9. Nov. Der hierige Gemeinderat hat für die besten Wilschlieferer der 12 die Stadt Bellingen verordneten Gemeinden erhebliche Mittel zu Geldpreisen zur Verfügung gestellt. Mit der Verteilung der Preise ist bereits am vergangenen Samstag begonnen worden.

DZ. Furtwangen, 9. Nov. Die Ithensfabrik vom L. Furtwängler Söhne A. G. Furtwangen schließt ihr Geschäftsjahr 1922 mit einem Reingewinn von 2 637 708,78 Mark. Zur Verteilung gelangen 20 Prozent Dividende auf 5 Millionen Mark und 10 Prozent auf 3 Millionen Mark. Das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres entfällt lediglich auf die Abteilung Ithensfabrikation. In das laufende Geschäftsjahr ist das Unternehmen mit einem ansehnlichen Auftragsbestand eingetreten und die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr dirigen als günstig bezeichnet werden.

DZ. Neuenburg, 9. Nov. Das Wahlkompromiß, das am Sonntag zustande gekommen ist, zeigt ein schönes Beispiel von Einigkeit. Hiernach erhalten das Zentrum, die Sozialdemokratie und die bürgerliche Wahlvereinigung je die gleiche Anzahl Sitze im Gemeinderat und Bürgerausschuß.

DZ. Überlingen, 9. Nov. Mitglieder des Gemeinderates und Bürgerausschusses beabsichtigen kürzlich unter Leitung des Regierungsbauamteilers Deitelmojer die Arbeiten am Kraftwerk bei Dwingen, die gut fortzuschreiten. Das größte Interesse erregte der rund 380 Meter lange Stollen, der die letzte Etappe der Rohrleitung nach dem Staube bildet. Auf zwei Seiten wird gearbeitet. Der Nordstollen ist bereits auf 40 Meter, der Südstollen auf 17 Meter vorgefahren. Wie der „Seebote“ weiter berichtet, sollen Raststätten angelegt werden, damit bis Ende Januar der Stollen fertig ist. Zur Haftung des Dwingers Ortsbaues und des Mühlbaues sind keine Vorarbeiten im Bau, die den Wasseranlauf zur Betonabreibung erleichtern sollen. Aus dem Vorhaben wird das Wasser durch eine rund 3000 Meter lange Betonabreibung nach dem Anstehofen Weiher geleitet.

DZ. Vom Bodensee, 9. Nov. Über die deutsche Bodenseefischerei wurde auch auf der letzten Versammlung des Internationalen Bodenseefischereiverbandes in Regensburg berichtet. Der Vorsitzende, Graf Dirschberg (Lindau) verwies auf die außerordentliche Notlage der deutschen Fischer, die bei den hohen Kosten für Neubeschaffungen nur schwer vornehmen könnten. Dazu sei in diesem Jahre auch noch das schlechte Fangergebnis gekommen. Eine Ausfuhr nach der Schweiz könnte den deutschen Fischern wohl helfen, würde aber die schweizerische Wirtschaft schädigen. Es wurde die Ansicht vertreten, daß nur das Fischereigewerbe desjenigen Staates am Bodensee erhalten bleibe, der von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bodenseefischerei überzeugt sei und sie fördere. Der Punkt „Fischereischädliche Wasserbängel“, mit denen sich der Verband schon etwa 15 Jahre in fast allen Versammlungen befaßt, wurde endgültig abgelehnt.

Aus der Landeshauptstadt.

Die ersten Spenden zur Winternothilfe Karlsruhe.

Erfreulicherweise haben schon die nachstehenden Personen und Firmen Spenden für die Winternothilfe gesendet, so daß gute Aussicht auf das Gelingen des großen Wertes besteht:

Einmalige Beiträge: Bankhaus Strauß u. Co. 1 000 000 M., Firma Sinner 1 000 000 M., Firma Buchs u. Söhne 100 000 M., Firma J. Ettlinger 100 000 M., Firma Pfannkuch u. Co. 100 000 M., Firma Drombacher u. Co. 100 000 M., Badische Bank 100 000 M., Firma Regensburger 100 000 M., Firma Raab, Karlsruher u. Cie. 100 000 M. und 50 Tausend Mark = 800 000 M., Oberbürgermeister Dr. Finter 10 000 M., Firma Junker u. Riß 200 000 M. (vorbehaltlich gleicher Beteiligung der Arbeiter).

Monatliche Beiträge für die Dauer von 6 Monaten haben zugesagt: Maschinenbaugesellschaft 100 000 M., Firma Heid u. Neu 100 000 M., Firma Wolff u. Sohn 50 000 M., Firma Flach u. Co. und Firma Louis L. Stern u. Co. 50 000 M., Firma Geshw. Knopf 25 000 M., Wüllerische Hofbuchhandlung 10 000 M., Firma Schärer u. Co. 10 000 M., Firma Reizinger-Bendel 5000 M., Brauereidirektor Karl Moninger 5000 Mark.

Eine größere Reihe obiger Firmen hat sich die Erhöhung ihrer Zeichnungen vorbehalten. Gesamtbeitrag bis jetzt 5 940 000 Mark.

Segelflug-Vortrag im Karlsruher Luftfahrt-Verein.

Seit fast 2 Jahren bemüht sich der Karlsruher Luftfahrt-Verein unter der Leitung seines bekannten Vorsitzenden, Herrn Dr.-Ing. R. Eifenlohr, in Karlsruhe das Problem der motorlosen Flugel zu machen und Bürgergeist und Studenten zum Bau eines Segelflugzeuges zu veranlassen. Der Vortragabend führte nun endlich zu dem gewünschten Erfolg. Nachdem Herr Dr.-Ing. Eifenlohr der Techn. Hochschule im Namen des Bad. Verkehrsvereins eine Lehrmittelsammlung für Luftfahrzeugbau geschickt hat, war der Erfolg seines Vortrages über: Deutschlands Leistungen im motorlosen Flugel ein durchschlagender. Der Saal des Ingenieurhauses vermachte die Zahl der Zuhörer, unter denen viele Studierende waren, nicht mehr zu fassen, von denen einige leider wieder fortgingen, in der Hoffnung auf Wiederholung des interessanten Vortrages. Der Vortragende entwickelte in klarer Darstellung die Vorgeschichte und die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen des Segelfluges, und zeigte in guten Lichtbildern die deutschen Segelflugwettbewerbe in der Rhein. Mit besonderem Nachdruck wies Dr. Eifenlohr auf die hervorragenden Leistungen der deutschen Studierenden hin. Fast alle Techn. Hochschulen sind bei den Rheinwettbewerbren vertreten gewesen, und fast alle Preise wurden von diesen gewonnen. Alle großen Flüge, besonders die Rekordflüge, die die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregten, sind von Studenten geistigt worden! Nun ist es an der Zeit, daß auch Karlsruhe sich regt. Die Hochschule hat Unterstützung zugesagt und insbesondere die Professoren Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Rehböck und Dr. Panke bringen der studentischen Fliegergruppe größtes Interesse und Anteilnahme entgegen. Diese Herren haben für das bauende Segelflugzeug „Karlsruhe“ die ersten erheblichen Beiträge gestiftet. Ein industrielles Werk zeichnete sodann nach dem von der zahlreichen Hörerschaft begeistert aufgenommenen Vortrag einen namhaften Betrag.

Herr Geh. Oberbaurat Rehböck richtete anschließend an den Vortrag noch die Bitte an die Studierenden, eifrig am Bau mitzuwirken, und an die anderen Anwesenden, Beiträge zu stiften und zu sammeln. Der Industrie legte er es als Ehrensache nahe, in dieser Frage, mit der sich heute alle Kulturstaaen aufs eifrigste beschäftigen, nicht hintenanzustehen und durch Material- und Geldbeiträge das Werk zu fördern. So wird im nächsten Jahre beim Segelflugwettbewerb Karlsruhe in den Reihen der übrigen Hochschulangehörigen Deutschlands erscheinen.

Ende November wird der Vortrag auf allgemeines Drängen wiederholt. Es ist zu erwarten, daß dann auch ein großer Film über die Segelflüge in der Rhein durchgeführt wird.

Badisches Landestheater.

Freitag, 10. Nov. 7-9¹/₂ Uhr. 350 Mk. Abonn. A 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401-3700.

Die verstellte Einfalt (La finta semplice).

Wir empfehlen für Winterbedarf Äpfel, gemischt, per Zentner M. 800.— Dauerbirnen z. Kochen p. Ztr. M. 1000.— Abgabe nicht unter einem Zentner. Säcke oder Körbe sind mitzubringen. 1.967

Volkswohl, Herrenstraße 29.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. G. Sebold und Sebold & Neff.

Die Aktionäre der Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. G. Sebold und Sebold & Neff werden hiermit zur 37. ordentlichen Generalversammlung eingeladen, welche am

Samstag, den 2. Dezember 1922, nachmittags 4 Uhr, im Geschäftsbüro der Gesellschaft in Durlach stattfinden wird.

1. Bericht der Direktion über das Geschäftsjahr 1921/22.
2. Bericht des Aufsichtsrates, Antrag auf Genehmigung des Rechnungsabchlusses und auf Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrates.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Wahl zum Aufsichtsrat.
5. Erhöhung des Grundkapitals um M. 9 000 000.— durch Ausgabe von 8700 Stammaktien à M. 1000.— und 300 Vorzugsaktien à M. 1000.—, die in gewissen Fällen mehrfachen Stimmrecht haben sollen.
6. Festlegung der Rechte dieser Vorzugsaktien und der Modalitäten für die Begebung der Stamm- und Vorzugsaktien.
7. Einräumung des Mehrfachstimmrechtes der bisherigen Vorzugsaktien auf bestimmte Fälle unter gleichzeitiger Erhöhung des Stimmrechtes für diese Fälle.
8. Getrennte Abstimmung der Stammaktien und der Vorzugsaktien über die Anträge zu Punkt 5.
9. Statutenänderung und zwar:
 1. der §§ 4 und 19 gemäß den Beschlüssen zu 5 und 6.
 2. der §§ 5 Satz 1 (Änderung der Vorschriften über die Ausstattung der Aktien), 10 (Anfügung folgenden Absatzes: „Die Dauer und die sonstigen Bedingungen der Anstellung der Direktionsmitglieder setzt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter fest.“), 13 (Anfügung eines Absatzes, wonach die auf Grund des Betriebsratsgesetzes delegierten Mitglieder des Aufsichtsrates bei den Bestimmungen dieses Paragraphen außer Betracht bleiben), 14 Abs. 3 (Ersetzung des Wortes „zwei“ durch „drei“), 15 Abs. 1 und 4 (Ersetzung des Wortes „drei“ durch „vier“).

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien, oder die über die Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar ausgestellte Bescheinigung bis spätestens

Wittwoch, den 29. November 1922, nachmittags 6 Uhr, bei der Gesellschaftskasse oder bei dem Bankhaus Weitz & Homburger in Karlsruhe oder bei der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. zu hinterlegen (§ 19 der Satzungen).

Durlach, den 8. November 1922. 1.966

Der Aufsichtsrat.

Dr. Paul Homburger.

7000 Mark zahlen wir für gebrauchte alte große Mauerpistolen Kal. 7,63 mit Holzfuttermal, ohne solches 6000 M. und erhitzen sofortige Nachnahmezahlung ohne Anfrage. Beschreibung: 30 cm lang, zehnschüssig, von oben zu laden, Stempel: Waffenfabr. Mauser, Oberndorf a. Neckar, Visier 1000 m. — Bei anderen Pistolen, auch Mauser 9 mm (Visier 500 m) werden nicht gekauft. Waffenhandlung Anders & Bod, Rönigsberg Nr. 3.

Stridmaschinen

und Silbemaschinen für Striderei z. kaufen gesucht. Erlangebote unter A. 963 an die Exp. d. Karlsruh. Zig.

1. Februar 1923 bis 31. Januar 1924 in 2 Lose oder auch zusammen und zwar Distrikt Inzbrunn mit 439 ha, Distrikt Dornbacher mit 376 ha. 1.964

Verdingungen werden bei der Steigerung bekannt gegeben. Als Steigerer werden nur zugelassen, welche im Besitz eines Jagdpasses sind, oder einer Bescheinigung der maßgebenden Behörde, daß dessen Ausstellung kein Hindernis im Wege steht. Inzbrunn, 7. Nov. 1922. Das Bürgermeisteramt: Zuber.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Einige Gläubiger unserer Gesellschaft wollen sofort ihre Forderungen anmelden. 1.936.33

„Iner“ Internationale Es- und Import-Gesellschaft m. b. H. in Liquidation

Kriegstraße 116.

Jagdverpachtung.

Die Gemeinden Inzbrunn und Oberwasser veräußern im Rathaus, den 13. November, nachmittags 2 Uhr, die Ausübung der Jagd auf weitere 6 Jahre, vom

Allgemeine Tarifvorschriften und Güterklassifikation der Schweiz, Transportankalten.

Auf 1. Oktober 1922 wurde Buchmörletträger in Sp.-L. III aufgenommen. Weitere Änderungen der Güterklassifikation sind aus unferm Tarifanzeiger ersichtlich. 1.972

Karlsruhe, 6. Okt. 1922. Reichsbahndirektion.